Deutscher Reichstag.

154. Sitzung vom 22. Januar 1 Uhr.

(Eigen-Bericht der „Saale-Zeitung.")

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des **Handelsvertrages mit der Schweiz.**

Staatssekretär Frhr. **v. Marschall:** Der vorliegende Vertrag knüpft sich eng an die früheren Verträge an. Bei der Polemik über die Handelsverträge hat man immer nur gefragt, welche Vortheile wir haben werden, aber nicht danach, welche großen Nachtheile wir damit vermeiden. Die wichtigste Frage ist doch, was eintreten würde, wenn der Vertrag nicht zustande käme. Man hat sich gewöhnt, von dem gegenwärtigen Zustande zu sprechen wie von einem wohl erworbenen Besitzstande, und der Regierung vorzuwerfen, daß sie von einer gewissen Neuerungssucht befallen wäre. Ich muß demgegenüber nochmals gegen sie Behauptung protestiren, daß Tarifverträge eine Umkehr unserer Wirthschaftspolitik bedeuten. Im Gegentheil, sie sind die Konsequenz einer rationellen Schutzzollpolitik. Man hat Deutschland den Vorwurf gemacht, daß es mit der Schutzzollpolitik vorgegangen sei. Nicht ganz mit Recht; denn wir sind nicht die ersten gewesen, die Schutzzollpolitik getrieben haben. Wenn aber andere Staaten nachher wirklich zu derselben Erkenntniß gekommen sind wie wir, so beweist das doch nichts gegen das richtige und gesunde Prinzip des Schutzes nationaler Arbeit. 1879 wurde den Freihändlern entgegengehalten, daß wir nur durch Schutzzölle zu Tarifverträgen kommen würden, da nur unter diesem System der richtige Kompensationsfaktor gefunden werden kann. Warum stehen die Gegner der Handelsverträge nicht heute noch auf diesem Standpunkt? Unsere Schutzzollpolitik hat die Aufgabe gelöst, den einheimischen Markt der nationalen Produktion zu sichern; die Meistbegünstigung genügte aber in keiner Weise mehr, um unsere Ausfuhr zu sichern. Die Meistbegünstigung erhält ihren Inhalt durch Verträge, welche ein anderer Staat mit einem dritten Staat schließt. Mit dem Aufhören dieser Verträge verliert die Meistbegünstigung auch ihren Inhalt. Der Inhalt der Meistbegünstigung wird also nicht bestimmt durch eigene Maßregeln, sondern durch Maßregeln dritter Staaten. Das ist gegen die nationale Wirthschaftspolitik. Die Leistung der Meistbegünstigungsverträge können wir gerade aus unserem Meistbegünstigungsvertrage mit der Schweiz sehen. Dadurch, daß die Schweiz Frankreich große Ermäßigungen zugestanden hatte, wurde uns ohne unser Zuthun ebenfalls eine Begünstigung zutheil. Aber ein solcher Zustand bietet keine Gewähr der Dauer. Wir können aus unserem Besitzstande leicht depossedirt werden. Dieser Moment steht nun am 1. Februar bevor. Unsere Ausfuhr würde plötzlich von den neuen Zollsätzen des schweizerischen Tarifs getroffen werden, und wir könnten diesem Lande gar keinen Vorwurf daraus machen. Nun hat je allerdings eine Zwangslage, den Vertrag zu schließen, nie bestanden, um so weniger, als wir in günstigerer Lage sind als die Schweiz, da unsere Ausfuhr dorthin viel geringer ist, als die schweizer Ausfuhr zu uns. Aber wir haben auch keinen Grund, muthwilligerweise einen Streit vom Zaun zu brechen. Einen solchen Streit könnten wir doch nur führen, wenn uns unbillige Forderungen zugemuthet würden, oder keine billigen Konzessionen gemacht würden. Beides trifft aber nicht zu. Man nennt den Vertrag beispiellos, weil er vielfach höhere Zollsätze bringt, als sie bis jetzt bestanden und ein Handelsvertrag doch Verkehrserleichterungen aber nicht Erschwerungen schaffen soll. Diese Argumentation würde nur dann richtig sein, wenn die Zollgesetzgebung beider kontrahirenden Staaten sich bisher in gleicher Richtung bewegt hätte. Das ist aber nicht der Fall. Der eine Staat hat während der letzten 10 Jahre seine Schutzzollgesetzgebung fortwährend ausgebildet, der andere seine Tarife immer ermäßigt. Wir können doch unter diesen Umständen nicht verlangen, daß die Schweiz nunmehr diejenigen Konzessionen uns machen soll, welche sie 1882 Frankreich gemacht hat, und auf Grund deren wir auch Vergünstigungen hatten. Wenn von der freisinnigen Partei der Vorwurf gemacht wird, daß wir nicht größere Ermäßigungen bekommen haben, so begreife ich das, aber von schutzzöllnerischer Seite begreife ich einen solchen Vorwurf nicht. Wir haben politische Momente als entscheidend bei der ganzen Handelsvertragsberathung in den Vordergrund gestellt, damit ist aber nicht auch zugleich gesagt, daß wir nur Opfer bringen und nicht auch damit für den Schutz der nationalen Arbeit sorgen. Die verbündeten Regierungen werden vielmehr auch den Gesichtspunkt der Erhaltung des Schutzes unserer nationalen Arbeit zur vollen Geltung bringen.

Die gegenwärtig gehegten Befürchtungen beruhen zum größten Theil garnicht auf den Handlungen der verbündeten Regierungen als darauf, daß die Freihändler sich so außerordentlich über die Handelsverträge freuen, und umgekehrt wird diese Freude wieder wesentlich dadurch gesteigert, daß die Schutzzöllner so beunruhigt sich fühlen. Die Anhänger der bisherigen Wirthschaftspolitik sollten doch den verbündeten Regierungen mehr Vertrauen aussprechen.

Die beiderseitigen Zolltarife haben bei den Verhandlungen die Basis gebildet. Hätten wir die Verhandlungen im Augenblick der Annahme des neuen schweizerischen Generaltarifs abgebrochen, so würde dieser Tarif maßgebend gewesen sein. Wenn man jenen Tarif einen Popanz, eine Ungeheuerlichkeit nennt, wie werden da die Schweizer, die doch auch um Kraftausdrücke nicht verlegen sind, unseren deutschen Zolltarif nennen, der mindestens dasselbe thut? (Sehr richtig! links.) Beide Tarife sind gewissermaßen inkommensurable Größen, weil sie ganz verschiedenen wirthschaftlichen Bedürfnissen angepaßt sind. Auch der schweizerische Tarif beruht auf der Grundlage ausgiebigen Schutzes der nationalen Arbeit unter Berücksichtigung des Kompensationsfaktors, also auf derselben Grundlage wie der unserige. Es werden nach demselben in der Schweiz von unserem Export ungefähr 6 Proz. des Werthes erhoben, während wir für den schweizerischen Export nach Deutschland 75 Proz. erheben. Ich möchte davor warnen, daß wir alle anderen Staaten für vertragsunfähig erklären, die ein ähnliches Zollsystem errichten wie wir. Das schließt natürlich nicht aus, daß man in gegebenen Fällen sich weigert, sich in Vertragsverhandlungen einzulassen, und das würden wir auch thun, wenn die Voraussetzungen zutrafen, daß wirklich der neue schweizerische Tarif ein ungeheuerlicher Popanz sei. Der neue schweizerische Tarif ist das Ergebniß einer allmählich herangereiften Ueberzeugung der großen Mehrheit des schweizerischen Volkes, daß es mit dem Freihandel nur schlechte Geschäfte gemacht hat und den Schutzzoll ohne Schädigung der Volksinteressen nicht entbehren kann. Wenn wir warten wollten, bis sich in der Schweiz wieder der Schutzzoll zum Freihandel zurückbildet, so würden wir die Vertragsverhandlungen ad Calendas graecas aufschieben müssen.

Die Schweiz ist bestrebt, von Neuem auch mit den anderen Staaten zu Tarifverträgen zu gelangen. So lange keine anderen Verträge außerdem mit uns abgeschlossen sind, sind wir bei diesem Tarife ein begünstigter Konkurrent, und bei jedem neuen Vertrage fällt auch uns jede weitere Zollvergünstigung durch das Meistbegünstigungsrecht zu. In Bezug auf den Veredlungsverkehr macht Redner im Einzelnen darauf aufmerksam, daß der Vertrag künftig nicht nur den passiven, sondern auch den aktiven Veredlungsverkehr, der bisher autonom geregelt war, binde, dagegen der Transitverkehr nicht gebunden sei.

Ich bitte Sie, den Vertrag einer wohlwollenden Beurtheilung zu unterziehen. Je mehr man außerhalb des Hauses vom alten und neuen Kurs spricht, um so fester werden die verbündeten Regierungen den Kurs einhalten, den sie nach ihrer Ueberzeugung für den richtigen halten, und ich glaube, daß wir um so mehr auf die Unterstützung der großen Mehrheit des Reichstages rechnen dürfen, als es sich gerade bei diesem Entwurfe darum handelt, unsere bisherige Wirthschaftspolitik an einer der schwersten Klippen vorbeizuleiten und unserer nationalen Arbeit in allen ihren Theilen das erforderliche Maß von Schutz und Sicherheit zu ihrer Blüthe und Entfaltung zu geben. (Vereinzelter Beifall.)

Abg. **Graf Kanitz:** Der neue schweizerische Zolltarif ist nicht schärfer als der von 1887, der nachher durch Vertrag fast ganz beseitigt worden ist. Der Hinweis auf die Verschärfung dieses Tarifs war also nicht angebracht. Der vorliegende Vertrag ist allerdings kein Tarif, und damit haben wir unsere Aktionsfreiheit beschränkt. Wenn sich auch an und für sich über das System reden läßt, so kommt doch immer die Art der Ausführung in Betracht. Bei den Verträgen mit Oesterreich war doch angenommen worden, daß Deutschland keinen Vertrag mit Rußland abschließen werde; trotzdem ist Oesterreich selbst dabei, mit den Donauländern neue Verträge abzuschließen. Bei der Wichtigkeit dieser Länder auch für uns sollte die deutsche Regierung nicht versäumen, auch ihrerseits an Verträge mit diesen Ländern zu denken, und ich möchte um Auskunft bitten. Nochmals mache ich sodann darauf aufmerksam, daß die neuen Verträge einer Reihe von Ländern die gleichen Vergünstigungen, wie den Vertragsstaaten, ohne jedes Aequivalent einräumen. Der Schweiz haben wir eigentlich, wenn man die geographische Lage derselben berücksichtigt, sehr große Konzessionen gemacht. Die Schweiz ist mehr, wie andere Länder, auf einen sehr großen Import angewiesen. Daher erklärt sich auch das Bestreben der Schweiz, mit allen Ländern Verträge abzuschließen. Sie hat dabei wieder dieselbe Politik, wie früher, getrieben. Sie hat den Generaltarif so hoch angesetzt, wie sie gar nicht denkt, ihn beizubehalten, um ihre Konzessionen dann um so größer erscheinen zu lassen. Schließlich bleibt dann allerdings nur noch ein kleiner Bruchtheil der früheren Sätze übrig, der aber zu ganz falschen Schlüssen führt. Der neue schweizerische Generaltarif hätte von uns nie zur Basis der Verhandlungen gemacht werden dürfen. Unsere Regierung billigt aber noch dazu das Verfahren der Schweizer. Die italienische Regierung und die italienische Presse hat dieses Vorgehen entschieden gemißbilligt. Selbst die „Köln Ztg." muß zugeben, daß die Verhandlungen nicht mit genügender Energie geführt worden sind. Aus allen Theilen des Landes liegen so viele Kundgebungen gegen den Handelsvertrag vor, daß man darauf doch unbedingt Rücksicht nehmen muß. Viel zu weitgehend ist unbedingt die Herabsetzung unserer Baumwollzölle. Der Vertrag mit Oesterreich gewährt in dieser Beziehung so geringe Ermäßigungen, daß die Industrie davon gar keinen Vortheil haben wird. Dieser Zoll in Oesterreich ist beinahe gleich einem Eingangsverbot. Und während Deutschland, dessen Baumwollspinnerei eines Schutzes sehr bedürftig ist, eine bedeutende Ermäßigung der Zölle für Baumwollgarne zugestanden hat, haben sich die Zölle der Schweiz gegenüber dem jetzigen Zustande erhöht. Es ist das um so bedauerlicher, als Deutschland im Verkehr mit der Schweiz mehr Baumwollgarn ein- als ausführt. Wir hätten uns den neuen Tarif von der Schweiz nicht aufdrängen lassen brauchen, da wir wirthschaftlich im Vortheil sind. Was würde die Schweiz thun, wenn wir, ohne einen Handelsvertrag zu schließen, die Zollsätze für Seidenwaaren und Produkte, die von der Schweiz aus ein großes Absatzgebiet bei uns finden, erhöhten? Dann müßte sie sich zu größeren Zugeständnissen bequemen. Das Interesse der deutschen Uhrenindustrie ist gleichfalls durchaus nicht gewahrt worden, unsere Zölle auf schweizer Uhren sind so gering, daß sie bei der Ausfuhr gar nicht in Betracht kommen. Sie ermöglichen eine Konkurrenz, die unsere Uhrenindustrie in hohem Grade schädigt. Die Rücksicht auf unsere Industrie verhindert mich, dem Vertrage meine Zustimmung zu geben. Wir wollen ebensowenig der Industrie den Schutz entziehen wie der Landwirthschaft, denn die Interessen beider sind solidarisch.

Abg. Dr. **Bamberger** (dfr.): Bei der Berathung der Handelsverträge mit Oesterreich und Italien hat man uns den Vorwurf gemacht, daß wir zu eilig gewesen wären. Wenn wir nun aber diesen Vertrag, zu dem so lange Zeit zur Ueberlegung war, mit entschiedener Mehrheit annehmen, so zeigt das, daß dasselbe geschehen wäre mit den beiden andern Verträgen, auch wenn wir länger daran berathen hätten. Aeußerungen, wie daß der Schweizer Vertrag von allen Seiten ein mißlungenes Machwerk sei, kommen nur von vereinzelten Stellen. Wenn die Industriellen im allgemeinen diese Ansicht wirklich hätten, so würden sie keine Mittel gescheut haben, sich hörbar zu machen. Wir können jetzt die Vertrag ruhig berathen, da der Kampf der agrarischen Interessen, der bei dem Oesterreichischen Vertrage die Hauptrolle spielte, hier nicht in Betracht kommt, abgesehen von dem hiesigen Käse. Es bleibt also nur die Industrie. Der Landwirthschaft ist es ja unmöglich, sich ebenso zu erweitern und zu vervollkommenen wie die Industrie. Unsere Industrie aber kann jetzt die Konkurrenz mit jedem anderen Lande aufnehmen. Sie ist so voll Energie, Kunstfertigkeit, Gewissenhaftigkeit, daß es ein Unding ist, sie als schwach und schutzbedürftig hinzustellen. Auch das nöthige Kapital für industrielle Unternehmungen fehlt in Deutschland nicht. Wir können unsere industriellen Bedürfnisse aus unserem eigenen Kapital ebenso bestreiten, wie England und die anderen Industrieländer.

Selbst in der Zeit, in welcher die schutzzöllnerischen Ansichten ihren Gipfelpunkt erreicht hatten, wurde der Satz niemals ausgesprochen, daß man keine Handelsverträge schließen solle. Wenn man in dieser Zeit nicht thatsächlich so viel Verträge schloß, so lag das daran, daß man sich nicht klar war, wie weit Konzessionen überhaupt zu gewähren seien. In der Theorie galt aber der Satz, daß Handelsverträge eine Nothwendigkeit seien. Nun haben wir ja solche abgeschlossen; aber sie sind immer inhaltsloser geworden. Zuletzt beschränkten sie sich auf das Refugium der Meistbegünstigung. Die Meistbegünstigungsklausel ist ja auch in einem Tarifvertrage sehr nützlich. Wenn aber der ganze Vertrag darauf aufgebaut ist, so kommen wir in einen Zustand der Abhängigkeit von einem dritten Staat. So war ja unser Verhältniß zur Schweiz zum Theil abhängig von dem Verhältniß zwischen der Schweiz und Frankreich. Um diese Unsicherheit zu vermeiden, werden die verbündeten Regierungen geradezu darauf hingestoßen, bindende Verträge zu schließen.

Die einen sagen, man hätte mehr Konzessionen erlangen sollen, die anderen, man hätte weniger Konzessionen machen sollen. Der Staatssekretär hat es für nöthig befunden, sich die Freihändler bei der ganzen Debatte furchtbar vom Leibe zu halten. Wir werden ihn niemals als Freihändler betrachten. Darüber kann er beruhigt sein. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist aber ein solcher, daß Freihändler und Schutzzöllner Hand in Hand gehen müssen. Wenn es sich darum handelt, Konzessionen vom Ausland zu bekommen, dann gehen wir mit den Schutzzöllnern Arm in Arm. Wir sehen nun aber, daß in jedem Vertragsstaate geschrieen wird, er wäre durch den Vertrag ungünstiger gestellt. In Oesterreich behaupten die Oesterreicher übervortheilt zu sein, in der Schweiz die Schweizer, und ebenso ist es bei uns. Das ist das Schicksal aller Maßnahmen, bei denen es darauf ankommt, zu geben. Die Aufgabe der Unterhändler war also keine beneidenswerthe. Was sie auch thaten, sie waren sicher, unzufriedene Gesichter zu sehen, wenn sie nach Hause kamen. Wir brauchen aber keine Sorge zu haben, daß wir von den vertragschließenden Mächten übervortheilt worden sind. Im Gegentheil müssen wir glauben, daß wir durch den Abschluß der Handelsverträge einen bedeutenden civilisatorischen Fortschritt gemacht haben.

Insbesondere werden die Konzessionen als große geschildert, welche bei der Baumwollindustrie gemacht worden sind. Darauf allein konzentrirt sich auch der große Lärm über die Benachtheiligung. 1879 behaupteten die Vertreter der Feinspinnerei, daß ihre Industrie mächtig emporblühen werde, wenn sie geschützt würde. Darauf legte man einen Zoll auf die Fabrikate dieser Industrie. Das scheint doch aber nicht viel genützt zu haben, wenn man heute nach 12 Jahren wiederum sagt: Wir gehen unvermeidlich verloren, wenn nicht der schweizerische Handelsvertrag verworfen wird. Wir haben gar keine Belege dafür, wie viel Feinspinnereien seit 1879 entstanden sind, und wie groß die Vortheile für die Industrie durch die Zölle auf die Fabrikate der Feinspinnereien gewesen sind. Aber die Anwesenheit dieser Belege ist gerade ein Beweis dafür, daß die Zölle nicht viel geholfen haben. Wenn nun aber eine Industrie in 12 Jahren nicht das hat erfüllen können, was sie versprochen hat, so wird sie es in den nächsten Jahren erst recht nicht können. Die Verhältnisse der Spinnerei im Elsaß, im badischen Unterlande sind ungefähr dieselben wie die schweizer Verhältnisse. Man kann also von einer Benachtheiligung nicht sprechen. Man würde die Feinspinnerei viel eher fördern, wenn man eine Erleichterung der Einfuhr für die Rohstoffabrikate ermöglichen würde, denn die Entwickelung unserer Feinspinnerei-Industrie zeigt ja, daß gerade die Baumwollgewebe am meisten Absatz im Auslande finden.

Am allerwenigsten gerechtfertigt sind die Ausstellungen in Bezug auf den Veredelungsverkehr. Es giebt doch keinen vortheilhafteren Ausgleich, als wenn 2 Theile sich verabreden, sich in die Herstellung einer Waare, je nachdem die verschiedenen Theile der Arbeit ihren Fähigkeiten am besten entsprechen, zu theilen. Das wäre ebenso, wie wenn man sagen wollte, die Weber würden mehr zu weben haben, wenn die Drucker weniger ins Ausland zu liefern hätten.

Die schweizerischen Tarifsätze sind immer noch erheblich niedriger als die unsrigen und zugleich sind die von uns gewährten Herabsetzungen nicht viel höher als die von der schweizerischen Regierung zugestandenen. Möglicherweise hat die Regierung einen Mißgriff gethan, daß sie die Verhandlungen mit der Schweiz seiner Zeit hat ins Stocken gerathen lassen, bevor das Referendum über die neuen Zolltarife erfolgt war in der Hoffnung, daß möglicherweise eine Verschärfung des Tarifs erfolgen wird. Vielleicht hätten wir ohne diese Zögerung etwas Besseres erlangt. Indessen muß die Regierung besorgen, daß, wenn das Referendum wirklich im ablehnenden Sinne ausgefallen wäre, man nachher ihr zum Vorwurf gemacht hätte, daß sie versäume, dies abzuwarten. Diejenigen, die an einen **Zolltrieg mit der Schweiz** denken, sollten doch bedenken, was es heißt, nun plötzlich das freundnachbarliche Verhältniß, in dem wir stets zur Schweiz gestanden haben, abzubrechen und nun eine gegenseitige Versetzung eintreten zu lassen. Gerade daß die Schweiz viel kleiner ist als wir, spricht gegen ein solches Vorgehen. Denn gerade solche kleine Staaten werden aus ihrem Selbstgefühl heraus zum Widerstand gereizt, nm nicht dem Verdacht ausgesetzt zu sein, aus Schwäche nachgegeben zu haben. Die Nachbarn würden da nur die tertii gaudentes sein. Die Herren, die jetzt gegen den Vertrag stimmen, würden, wenn sie auf den Regierungsbänken säßen, sich zweimal besinnen, ob sie einen solchen Zolltrieg hervorrufen sollen. Die Zolltriege haben nie Segen gebracht. Denken Sie an die Zolltriege des vorigen Jahrhunderts, und auch in der neuesten Zeit haben es Rumänien und Oesterreich schwer bedauert, wirthschaftlich auseinander gekommen zu sein, und auch Italien und Frankreich würden sehr gerne die beiderseitigen Störungen aus dem Zollwirre wieder gut machen. — Die einzelnen Beispiele des Grafen Kanitz waren nichts weniger als beweisend. Gerade bezüglich der Uhrenindustrie ist die Nutzlosigkeit des großen Zolls wiederholt dargelegt worden, schon weil man damit dem Schmuggel, der hier gerade besonders leicht zu treiben ist, Thür und Thor öffnet.

Unsere **angebliche Freude** über die Handelsverträge besteht darin, daß dem gepriesenen Schutzzollsystem einmal Einhalt gethan wird. Ich verlange auch heute gar nicht, daß Sie jetzt dem gesunden Freihandel oder auch dem gemäßigten Schutzzoll von 1879 zustimmen. Aber selbst Fürst Bismarck gab sich in seinem ersten Programm nur mit wenigen Finanzzöllen zufrieden, und wir würden uns schon anders freuen, wenn Sie einmal auf diesen Standpunkt zurückkehrten. Verhehlen wir uns doch nicht, daß wir uns freuen, Sie selber sind doch zum großen Theile früher noch eifrigere Freihändler gewesen, als wir, und wenn von 1873—1879 in diesem auf Ihrer Seite diese Ueberzeugung so wankend geworden ist, daß sie allmählich stramme Schutzzöllner geworden sind, so lassen Sie mir die Hoffnung, daß vielleicht in 10 Jahren die entgegengesetzte Wandlung eingetreten ist, und dann vielleicht eine Vorlage kommt, die wirklich freihändlerisch ist. Dann wird der Herr Staatssekretär nicht mehr genöthigt sein, sich dagegen zu verwahren, daß wir uns über die Vorlage freuen (Heiterkeit und Beifall).

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.) vertheidigt die deutsche Schutzzollpolitik gegenüber dem Abg. Bamberger. Hätte diese Politik nicht einen so großen Erfolg gehabt, so hätten sich wohl nicht andere Staaten ihr zugewandt. Die Schweiz ist eben schutzzöllnerisch geworden, weil sie die Früchte dieser Politik in Deutschland sah. Wäre Deutschland nicht 1879 zu einem veränderten Zollsystem gekommen, so hätten wir heute von der Schweiz keine Konzessionen erlangt. Bei der Bereitwilligkeit seitens der Mehrheit des Reichstages, den Vertrag anzunehmen, bedarf es wohl einer Kommissionsberathung nicht. Im einzelnen findet Redner eine Herabsetzung der Garnzölle bedenklich, ebenso die Herabsetzung des Käsezolles. Andererseits wendet sich eine Anzahl von Industrien mit Unrecht gegen die Erhöhungen des schweizerischen Tarifs. Diese Erhöhungen ergeben bei vielen Artikeln einen niedrigeren Zollsatz, als wir für dieselben nach seiner Ermäßigung haben. Der Umstand, daß die Schweiz trotz unserer hohen Zölle ihren Export stetig vermehrt hat, beweist, daß die Schweiz auf unserem eigenen Markt konkurrenzfähiger ist als wir, und daß mithin nach der Ermäßigung unserer Zollsätze die Einfuhr schweizerischer Waaren noch zunehmen wird, daß also die Absicht der Regierung, durch die Verträge unseren Export zu erweitern, nicht erreicht werden wird. Freilich kann ich dabei die trüben Schlußfolgerungen, die Graf Kanitz aus dem Vertrage gezogen hat, nicht gutgeheißen. Für den Vertrag spricht der Umstand, daß Frankreich gegenüber der Schweiz von seinem Minimaltarif wird abgehen müssen und daß ebenso die Schweiz gegenüber Frankreich viele Zollsätze ermäßigen wird. Davon werden wir nach der Meistbegünstigungsklausel unbedingt Vortheil haben. Vor Allem ausschlaggebend für mich ist aber der Umstand, daß für längere Zeit Stabilität durch die Verträge geschaffen wird, daß dem Beunruhigungsbacillus der Boden entzogen wird. Von der Schutzzollpolitik werden wir nicht abgehen können, denn gerade diese Politik hat hohe Löhne und vermehrte Arbeitsgelegenheit zur Folge gehabt (Widerspruch bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dr. **v. Bennigsen** (nl.): Der Vertrag wird in der That Sicherheit und Ruhe für die Industrie zur Folge haben. Es wäre aber wünschenswerth, wenn gewisse Bedenken gegen einzelne Punkte in einer freien parlamentarischen Verhandlung erörtert werden. Zu diesen Punkten gehört die Frage des Veredelungsverkehrs. Verargen aber kann man es der Schweiz nicht, daß sie dem Beispiel der Nachbarländer folgend, einen mehr schutzzöllnerischen Tarif eingeführt hat. Wir können da nicht durch Drohungen und Pressionen einen Einfluß ausüben. Ein solches Vorgehen gegenüber einem schwächeren Staate würde dem politischen Ansehen des Deutschen Reiches in hohem Maße schaden und andererseits die Schweiz in eine wirthschaftliche Abhängigkeit von Frankreich bringen. Man muß sich also zur Eingehung eines Vertrages entschließen. Nach den vereinbarten Zollsätzen sind wir der Schweiz gegenüber in einer günstigeren Lage als diese uns gegenüber. Denn trotz der Erhöhung des Tarifes hat die Schweiz noch vielfach niedrigere Zollsätze als wir. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, kann man dem Vertrag im allgemeinen keinen Vorwurf machen. Wir können der Regierung überhaupt nur dankbar sein, daß sie mit einer Reihe von Staaten Verträge abgeschlossen hat, denn sonst wären wir schließlich ganz isolirt worden. Wenn man dabei aber die jetzigen Zollverhältnisse in Europa und Amerika Deutschland in die Schuhe schiebt, welches durch seine Schutzpolitik die anderen Staaten zur Nachahmung gezwungen habe, so muß das als eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18920123026/fragment/page=0001

historische Legende bezeichnet werden. – Erfreulich sind die Handelsverträge schon aus dem Grunde, daß sie den Gegensatz zwischen Schutzzoll und Freihandel verwischen und eine Annäherung der liberalen Parteien ermöglichen. Eine solche liberale Annäherung ist um so notwendiger für die Zukunft, als jetzt die liberalen Gedanken nicht die notwendige Berücksichtigung finden, und es könnte wohl eine Zeit kommen, wo es nöthig wäre, die idealen Güter des Liberalismus mit vereinigten Kräften zu vertheidigen.

Darauf vertagt das Haus die Fortsetzung der Berathung auf Sonnabend 1 Uhr.

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 22. Januar, 11 Uhr.

Das Haus setzt die **erste Etatsberathung** fort.

Abg. Graf zu **Limburg-Stirum**. Ich habe den Auftrag von meiner Partei, mich über den Etat zu äußern, aber nicht über das Volksschulgesetz und die Polenfrage. Die Rede des Finanzministers war in ihrer Knappheit und Uebersichtlichkeit eine Musterleistung. Inhaltlich bin ich mit der Rede insoweit einverstanden, als auch ich der Meinung bin, daß der Etat unter dem Zeichen der Sparsamkeit stehen soll. Auch Herr v. Huene erklärte, daß er Sparsamkeit üben wolle. Die Sparsamkeit des letzteren unterscheidet sich aber von der unsrigen insofern, als Herr v. Huene am sparsamsten zu jener Zeit war, wo er in der radikalsten Opposition gegen die Regierung stand (Bravo! rechts). Wir sind immer sparsam gewesen.

Die Ergebnisse der Domänenverwaltung gestatten einen gewissen Rückschluß auf die Lage der Landwirthschaft. Die Thatsache, daß in den östlichen Provinzen sich fast durchweg ein Minus an Pachterträgen ergiebt, hat eine Bedeutung, die man keinesfalls kurz abfertigen kann. Bezüglich der Einkommensteuer hat meine Partei keine besonders guten Hoffnungen. Eins aber wird sich jedenfalls herausstellen, daß es der Landwirthschaft wirklich schlecht geht, daß sie in den letzten Jahren nicht in der Lage gewesen ist, etwas zu erübrigen, sondern daß sie hat Schulden machen müssen. Auf zwei Punkte in Bezug auf die Einkommensteuer muß ich besonders aufmerksam machen. Der eine ist die Interpretation des Finanzministers bezüglich des § 27 des Einkommensteuergesetzes, wonach, falls eine sichere Einschätzung sonst nicht möglich ist, die Grundlagen des Einkommens angegeben werden „können“, und danach die Einschätzung erfolgen soll. Dieses „können“ scheint sich nicht auf die Natur des Einkommens, sondern auf den guten Willen der Censiten zu beziehen. Hätten wir bei der Berathung des Gesetzes darüber volle Klarheit gehabt, so hätten wir ihm unsere Zustimmung nicht geben können. Wir werden diese Frage bei der Berathung der direkten Steuern besonders zur Sprache bringen. Der zweite Punkt sind die überaus hohen Diäten der Mitglieder der Voreinschätzungskommission. (Sehr wahr! rechts.)

Der Minderüberschuß der Eisenbahnverwaltung kann gegenüber den Erhöhungen der Besoldungen und Löhne um so weniger Wunder nehmen, als diese Einkommensverbesserungen auf Anregungen aus dem Hause zurückzuführen sind. Das Eine muß man freilich der Staatsverwaltung vorwerfen, daß sie rücksichtslos die höchsten Löhne zahlt, wenn sie neuer Arbeiter bedarf, um die Arbeiter nur zu bekommen. Davon haben die letzteren keinen Vortheil, da die Beschäftigung größtentheils nur eine vorübergehende ist, dagegen hat die Landwirthschaft durch diese rücksichtslose Entziehung der Arbeitskräfte großen Schaden erlitten. (Sehr richtig! rechts). Die Verstaatlichung der Eisenbahnen hat sich als durchaus segensreich erwiesen, und wenn Herr Rickert das Gegentheil meint und damit vielleicht hie und da eine Wirkung erzielt, so kommt das daher, daß die Erinnerungen an die Sünden der Privatbahnen sich mit der Zeit verflüchtigt haben. Welche bittere Klagen aber haben wir unter dem Privatbahnsystem über die schlechten Bahnanlagen, über hohe Tarife, über schlechte Behandlung des Publikums, über die rücksichtslose Scucht gehört, nur hohe Dividenden zu erzielen. Erinnert man sich daran, so muß man nur dankbar sein, daß diese Zustände beseitigt sind. Gerade der Ausbau der Sekundärbahnen ist das besondere Verdienst des Staatsbahnsystems. Die Ansprüche der Linken an die Eisenbahnverwaltung sind übertrieben, und wir werden ihnen entschieden entgegentreten. Das Aequivalent der Eisenbahnverwaltung für das, was das Publikum zahlt, ist ein überaus großes, überwiegt das Gezahlte um das 6—7fache. Wir werden in Bezug hierauf der Eisenbahnverwaltung und dem Finanzminister zur Seite stehen. Der Staat darf seiner sicheren Grundlagen nicht beraubt werden. Jede Partei hat die Pflicht, die Staatsfinanzen aufrecht zu erhalten und sie gegen ungerechte Anforderungen zu sichern. (Beifall rechts.) Die Tarifreformplane kann man allein in der Budgetkommission im Einverständniß mit der Finanzverwaltung regeln.

Bei den Bauten müssen weniger die „schöpferischen Gedanken der Techniker“, von denen der Baustat spricht, als die Sparsamkeit maßgebend sein. Luxusbauten brauchen wir nicht. Auch beim Neubau des Abgeordnetenhauses bitte ich von jedem Luxus abzusehen. — Zur Förderung der landwirthschaftlichen Interessen sind ganze 150,000 M. ausgeworfen, damit ist nichts gethan. Man kann überhaupt der Landwirthschaft nicht helfen, wenn man ihr die Hauptexistenzbedingung, den Zollschutz, nimmt. Man nimmt ihr scheffelweise und giebt es ihr löffelweise.

Die Erhöhung der Gehälter der Lehrer an höheren Anstalten begrüßen wir mit Freuden. Ebenso ist die Position für Ablösung der Stolgebühren mit Dankbarkeit anzuerkennen, eine Maßregel, die aber nicht eine Erhöhung der Gehälter, sondern nur eine Entschädigung für das bedeutet, was man ihnen genommen hat. Die Forderung für den Dom muß dahin erwogen werden, ob es angebracht ist, den Etat für längere Zeit mit einer Million jährlich zu belasten.

Ein Theil der Ausfälle ist herbeigeführt durch die Reduktion der Vorortstarife. Diese aber schädigt die Landwirthschaft. Schon jetzt werden die Kommunen durch den Ausfall an Zöllen 16½ Millionen weniger haben als früher, und insbesondere wird dies die landwirthschaftlichen Kommunen hart treffen. Wenn nun die Landwirthschaft nicht mehr bestehen kann, indem man ihr den Zollschutz nimmt, und wenn man dazu durch entsprechende Eisenbahntarife den Zuzug in die Städte erleichtert, so entvölkert man das platte Land, und aus ländlichen Arbeitern werden städtische Sozialdemokraten. (Beifall rechts.) Die Finanzlage ist im allgemeinen ja keine schlechte. Wenn aber Reformen verlangt werden, wenn Verbesserung und Vermehrung der Züge beansprucht wird, dann muß auch das Publikum mehr zahlen. Wir müssen die Einnahmen steigern, denn wir brauchen Geld für die Erhöhung der Beamtengehälter, nicht für andere Ausgaben. Wir werden die Regierung und die Finanzverwaltung gegen die übertriebenen Anforderungen des Publikums schützen. (Beifall rechts.)

Finanzminister Dr **Miquel**: Bezüglich der Auffassung des § 27 des Einkommensteuergesetzes, unter welchen Voraussetzungen der Steuerpflichtige das Recht haben solle, ziffermäßige Angaben seines Einkommens zu unterlassen und die Schätzung desselben der Kommission zu überlassen, hat bei der Berathung des Gesetzes volle Klarheit geherrscht. Man kann nicht so weit gehen, dieses Recht jedem Censiten zu geben, der es unterlassen hat, Aufzeichnungen zu machen. Andererseits kann man nicht mit ungemessener Strenge und Rücksichtslosigkeit in dem ersten Jahre der Durchführung des Gesetzes vorgehen, da die Steuerpflichtigen auf die Nothwendigkeit, bestimmte Erklärungen abzugeben, noch nicht vorbereitet sein können. Das steht die Anweisung auch ausdrücklich vor. Weiter aber kann man nicht gehen. Gerade hervorragende Landwirthe, welche wir darüber befragt haben, haben uns dringend gebeten, hierbei stehen zu bleiben, weil es von einem gewaltigen Werthe für das Gedeihen der Landwirthschaft sei, auf diese Weise einen gewissen Zwang auf die kleinen Landwirthe zu üben, solche Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben zu machen. (Unruhe rechts.) Eine der großen heilsamen Wirkungen der Einkommensteuer ist ja überhaupt die, daß sich die Steuerpflichtigen viel mehr als bisher ihrer eigenen Verhältnisse bewußt werden. Die Bestimmungen über die Diäten der Einschätzungskommissionen sind nicht aufrecht zu erhalten. Man ist bei der Aufstellung des Gesetzentwurfs nicht davon ausgegangen, daß in diesem großen Maßstabe die Voreinschätzungsbezirke aus einer erheblichen Anzahl Gemeinden zusammengelegt werden. Das hat sich aber als praktisch erwiesen, und die hohen Diäten sind die Folge davon. Man wird also eine Korrektur in dieser Beziehung eintreten lassen müssen.

Bezüglich der Tarifreform stimme ich Herrn Rickert bei, daß Tarifermäßigungen nicht nothwendig eine Verminderung der Einnahmen herbeiführen. Aber es giebt auch Tarifherabsetzungen, die zu einem Einnahmeverlust führen, entweder dauernd oder doch für eine Reihe von Jahren. Darum ist es bedenklich, in Zeiten so knapper Finanzlage solche Herabsetzungen eintreten zu lassen; man braucht deswegen noch kein grundsätzlicher Gegner einer Tarifreform zu sein. Man muß nach Lage der Sache verfahren und sich fragen, ob im einzelnen Falle eine Tarifherabsetzung so dringlich ist, daß man über einen solchen Einnahmeverlust hinweggehen kann. Das ist in verschiedenen Fällen geschehen.

Abg. Freih. **v. Huene** (Ctr.): Ich glaube nicht, daß die Handelsverträge die Landwirthschaft so sehr schädigen werden. Die Landwirthschaft muß sich in sie schicken, weil sie für das Wohl des Ganzen nothwendig sind. Ein solcher enger Zusammenhang zwischen der Höhe des Zolles und dem Gedeihen der Landwirthschaft besteht doch nicht. Unter dem 5 Mark-Zoll hat die Landwirthschaft gerade die schlechtesten Zeiten gehabt. Bei guter Ernte steht sich die Landwirthschaft auch beim Zoll von 3,50 Mark gut; bei schlechter Ernte nützt ihr auch ein Zoll von 10 M. nichts (hört! hört! links). Ich verkaufe lieber viel zu mittleren Preisen, als wenig oder gar nichts zu hohen Preisen. (Zuruf rechts: Dann brauchen wir überhaupt keinen Zoll!) Das hieße das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Schuldigung des Vorredners bezüglich meiner Sparsamkeit zu den Zeiten unserer Opposition weise ich zurück; zur Zeit des Kulturkampfes waren Sie nicht sparsam. Wir haben auch in den schlimmsten Zeiten des Kulturkampfes nie da gefehlt, wo es zum Wohl des Staates nöthig war. Wer hat die Wirthschaftspolitik in jener Zeit durchbringen helfen, als das Centrum? Eine solche Partei einer radikalen Opposition zu beschuldigen, ist eine Ungerechtigkeit, die ich dem Grafen Limburg-Stirum nicht zugetraut hätte. Mag der Wind wehen, wie er will, wir werden alle Vorlagen prüfen nach unserer besten Ueberzeugung und beschließen, was wir für das Wohl des Vaterlandes für nöthig halten. (Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (frk.): Hr. v. Huene hat für den Entwurf für die neue Volksschule das Argument in Anspruch genommen, daß er die christliche Schule zum Grundsatze habe. Das ist eine Kritik des vorjährigen Entwurfs dahin, daß er nicht auf dem Boden der christlichen Schule stände. Dagegen muß ich das Ministerium v. Caprivi in Schutz nehmen. Der Unterschied zwischen dem diesjährigen Entwurf und dem vorjährigen liegt eben darin, daß in dem ersteren dem Geistlichen ein größerer Einfluß eingeräumt wird als in dem Goßler'schen Entwurf, und nicht in dem Standpunkt bezüglich der christlichen Schule als solcher. Wenn der Kultusminister den Entwurf die Ausführung der Verfassung nennt, so kann man dasselbe doch auch von dem vorjährigen Gesetze sagen. In dem vorliegenden Entwurfe sind aber thatsächlich eine Reihe von Bestimmungen, welche einer richtigen Auslegung der Verfassung widersprechen. Wenn Herr Graf Zedlitz meint, der Entwurf sei nur die thatsächliche Ausführung der gegenwärtigen Verwaltungspraxis, so kann uns das nicht hindern, Versuche zu machen, den Entwurf in einer Weise abzuändern, welche den Traditionen des preußischen Schulwesens entspricht. (Beifall). Herr v. Caprivi hat den Abg. Rickert damit zurückgewiesen, daß seine Partei gerade den Grundsatz der Regierung freudig begrüßt habe, daß sie das Gute nehmen wolle, wo sie es finde. Wenn das Centrum jetzt einen solchen Einfluß hat, so hat gerade die freisinnige Partei einen großen Theil der Schuld, da sie bei den Wahlen alles gethan hat, um das Centrum in diese maßgebende Stellung zu bringen. Aber der Herr Reichskanzler hat den Kern der Sache doch nicht getroffen. Der springende Punkt liegt nicht darin, das Gute zu nehmen, wo man es findet, sondern daß bei unserer Regierung im Laufe eines einzigen Jahres darüber, was man als gut befindet, so gewaltig verschiedene Anschauungen Platz gegriffen haben (Sehr wahr! links). Am ist es richtig, daß es im Interesse einer Regierung liegt, sich nicht an eine Partei anzuklammern. Aber ein fester Kurs ist doch für die Politik der freien Hand nöthig, da sie sonst in die Strömung der Tagespolitik kommt, und die Parteien hoch bringt, die jetzt im Reichstage das Heft in Händen haben.

In der Behandlung der Polenfrage muß man mit völliger Ruhe vorgehen. Ich wünsche, daß die Aufklärungen, die der Kultusminister in der vorigen Sitzung gab, dazu beitragen werden, die Beunruhigung der deutschen Bewohner in den polnischen Landestheilen zu mindern. Aber es wird doch noch mehr geschehen müssen.

Der Etat zeigt ja keine günstige Finanzlage. Aber daraus einen Vorwurf gegen das Staatsbahnsystem herzuleiten, ist ungerechtfertigt. Allerdings wird eine größere Sicherheit herbeigeführt werden müssen durch eine Abgrenzung der Eisenbahnverwaltung von der allgemeinen Finanzverwaltung. Von einer gänzlichen Loslösung dieser beiden Verwaltungen kann allerdings nicht die Rede sein. Deswegen bin ich gegen die Ueberweisung des Eisenbahnetats an eine besondere Kommission. Um aber eine eingehendere Berathung dieses Etats zu ermöglichen, werden wir den Antrag stellen, die Budgetkommission für den Zweck der Berathung des Eisenbahnetats um sieben Mitglieder zu verstärken.

Die Ausfälle bei den Domänen werden noch weiter steigen, da nach dem neuen Zuckersteuergesetz auch für die Zuckerdomänen geringere Pachterträge einkommen werden. Darum ist es selbstverständlich, daß der gegenwärtige Etat unter dem Zeichen der Sparsamkeit steht. Daß der Kultusetat zur Erhöhung der Gehälter besser bedacht ist, damit sind wir einverstanden. Die Ablösung der Stolgebühren ist ja auch die Einlösung einer Ehrenpflicht.

Auf die Frage der Handelsverträge will ich nicht eingehen. Die Landwirthschaft hat sich auf 350 M. eingerichtet, und ich will hoffen, daß wenigstens für die zwölf Jahre Stetigkeit bewahrt wird. Aber es ist durchaus nöthig, alles Mögliche zu thun, um die Landwirthschaft zu stärken und zu heben durch andere Maßregeln, so weit es möglich ist. Es wird in dieser Beziehung mehr geschehen müssen, als das in diesem Etat der Fall ist.

Ministerpräsident Graf **Caprivi**: Mit dem, was der Vorredner in Bezug auf den Unterricht zwischen dem diesjährigen Volksschulgesetzentwurf gegenüber dem vorjährigen angeführt hat, kann ich mich insofern einverstanden erklären, als auch ich diesen Unterschied nicht für so tiefgehend halte, als nach manchem es scheinen möchte. (Widerspruch links.) Der jetzige Entwurf geht in seiner Ausdehnung allerdings über den vorjährigen hinaus; aber er bringt insofern nichts Neues, als er gesetzlich fixirt eine seit langer Zeit bestehende Praxis. Die Motive sind dieselben wie im vorigen Jahre. Aus rein-praktischen Interessen empfiehlt sich hier eine Kodifikation. Die Regierung hat es sich zum Prinzip gemacht, besonders auch unsere katholischen Mitglieder zufrieden zu machen. Die jetzige Regierung hat den Kulturkampf nicht geführt; sie hat das Ende und den Abbruch des Kulturkampfes übernommen. Es heißt jetzt, die Kraft gegenüber der neuen Entwickelung in unserem inneren Staatsleben zusammenzunehmen. Ein wesentliches Mittel im Kampfe gegen die staatsfeindlichen Tendenzen ist die Schule; daß aber die Schule der Religion nicht entbehren kann, ist ebenso sicher. Braucht die Schule die Religion, das Christenthum, so kann sie es nicht greifen und erfassen ohne Konfession (Beifall im Centrum); braucht sie aber die Konfession, so braucht sie sie im Zusammenhang mit den Konfessionen, von denen sie gehandhabt wird (Beifall im Centrum). Gegen diese logische Schlußfolgerung kann nichts eingewendet werden; man kann höchstens über das Maß streiten. Wenn die freisinnige Partei darüber hinausgeht und eine konsequente Deduktion macht, die dazu kommt; machen Sie die Schule konfessionslos, dann verstehe ich die generellen Angriffe gegen den Entwurf. Wenn Sie das nicht wollen, dann stellen Sie sich mit uns auf den Boden der konfessionellen Schule. Es wird Ihnen nichts anderes übrig bleiben.

Der Vorredner erwähnt uns, einen festen Kurs zu halten. Ich für meine Person bin mir einer Schwankung nicht bewußt geworden. Was wir für Recht erkannt haben, haben wir befolgt. Die gegenwärtige Regierung hat hier und im andern Hause im wesentlichen die Gesetze, die sie vorgebracht hat auch durchgebracht, ein Beweis, daß wir uns immer mit der Majorität der parlamentarischen Körperschaften im Einklang befunden haben. Daß es nicht immer dieselbe Majorität war, läßt sich nicht hindern. Der wirthschaftliche Charakter unserer Parteien macht es der Regierung einer Monarchie sehr schwer, mit einer Partei dauernd zu gehen. Denn wirthschaftliche Parteien verfolgen in begrenzter Interessensphäre gewisse Zwecke, während sie unter einander sich widerstreiten. Kommt eine solche Regierung zur Herrschaft, dann gelangt sie, wie wir es jenseit des Ozeans sehen, zu Uebertreibungen. So wechselt die freihändlerische und schutzzöllnerische Periode innerhalb 12 Jahren. Ein solcher Wechsel ist mit den tiefsten politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen verbunden. Dem muß die preußische Regierung aber vorbeugen. Sie kann wirthschaftlich mit den Parteien bis zu einem gewissen Punkte gehen. Die gegenwärtige Gestaltung der einzelnen Parteien ist aber nicht so, daß die Regierung sich ausschließlich auf sie stützen oder gar sich von ihnen ins Schlepptau nehmen lassen kann.

Es ist wieder einmal der Zweifel ausgesprochen worden, ob die Handelsverträge 12 Jahre halten werden. Das ist wieder ein charakteristisches Kennzeichen der jetzigen Beunruhigungsepidemie, daß, wenn man nichts Positives sagen kann, man dann der Regierung eine Masse Niederträchtigkeiten zutraut. (Heiterkeit). Wir haben uns gerade nicht zu einer geringeren Zeitdauer verstehen können um der Ruhe und Stabilität wegen, und um der Ruhe und Stabilität wegen möchte ich Ihnen ein ruhiges und unbefangenes Eingehen auf den Volksschulgesetzentwurf empfehlen können.

Abg. **Cremer** (Teltow. wild). Der Finanzminister hat vollkommen recht, pessimistisch inbezug auf die Finanzen zu sein. Das muß überhaupt jeder Finanzminister sein, außer wenn er wie Herr Camphausen das große Loos der französischen Milliarden zieht. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen hat sich in jeder Weise bewährt. Von einem Schwanken der Einnahmen finde ich überhaupt nichts, ich sehe nur eine steigende Tendenz der Einnahmen, die Freisinnigen wollen nichts lernen, sie bleiben auf ihrem Programm stehen, und nur weil sie Gegner der Verstaatlichung gewesen sind, soll jetzt der Staat bankerott sein, bloß weil in diesem Etat ein kleiner Minderüberschuß ist. Die Verhältnisse liegen im Großen und Ganzen durchaus gut. Der Etat zeigt vollkommen genügende Sparsamkeit. Ueber den Begriff des Luxus kann man streiten; und in unserem Staate, in dem es nicht so kolossale Privatvermögen giebt, wie in England und Frankreich, muß etwas aus öffentlichen Mitteln für Kunst und Wissenschaft gethan werden. Für die Landwirthschaft darf nicht gespart werden, denn es wäre ein Unglück, wenn Deutschland ein Industriestaat würde. Was sollte auch aus unseren vielen Millionen Landwirthen werden, wenn die Landwirthschaft zu Grunde geht.

Abg. Dr. **Stötzler** (nl.): Der Etat ist im allgemeinen richtig aufgestellt; wesentliche Einwendungen sind nicht zu erheben. Besonders erfreulich sind die Aufwendungen für die Landwirthschaft, für Schaffung kleiner bäuerlicher Stellen. Die Einnahmen aus Eisenbahnen und Bergwerken scheinen mir etwas zu hoch bemessen zu sein. Die Anhänger des Staatsbahnsystems sind unter meinen Parteifreunden nicht geringer geworden; wir haben nur durch die Verstaatlichung eine solche Menge von Sekundärbahnen und Meliorationen schaffen können. Die Verminderung der Ueberschüsse haben wir vorausgesehen. Die Gegner der Verstaatlichung werden geringer werden, wenn wir zu Durchführung einer richtigen Organisation, namentlich in der Verwendung der Ueberschüsse, eine besondere Eisenbahnkommission einsetzen würden. Der Eisenbahnminister hätte am allerwenigsten Grund, sich einer solchen besonderen Eisenbahnkommission zu widersetzen.

Die Polenpolitik des Kultusministers kann ich nicht billigen. Die Beunruhigung der Deutschen wird durch seine Erklärungen hier nicht aus der Welt geschafft. Und was am meisten beunruhigt hat, war die Erneuerung des Herrn v. Stablewski zum Erzbischof, der hier im Abgeordnetenhause das Nationalpolenthum in der leidenschaftlichsten Weise vertreten und die Regierung in schärfster Weise angegriffen hat. Herr von Kościelski wird bevorzugt, der es gewagt hat zu behaupten, die preußische Regierung habe bis vor kurzer Zeit die polnischen Provinzen in jeder Weise niedergehalten.

Der Volksschulgesetz-Entwurf entspricht in keiner Weise den Anschauungen, die wir im Interesse des Staates für berechtigt halten. Wir wollen die Religion nicht aus der Schule entfernen, wie der Herr Reichskanzler meinte, wir wollen aber keine Ausführung der Windthorst'schen Schulanträge, die der Entwurf trotz der Meinung des Kultusministers praktisch ist. Daneben bringt der Entwurf die Freischule in einer Weise zur Geltung, wie es in Preußen nie der Fall war. Der Entwurf führt die Verfassung in keiner Weise aus. Diese Absicht hatten auch die früheren Entwürfe, und doch, welche andere Bestimmungen enthielten sie! Der Entwurf ist keine Ausführung der Verfassung, sondern eine Interpretation der Verfassung, wie sie so einseitig bisher nur von ultramontaner Seite gemacht wurde. Diese Auslegung der Verfassung ist auch nicht konservativ. Denn auch die Konservativen haben stets daran festgehalten, daß die Konfessionalität der Schule nur innerhalb der staatlichen Macht und im Auftrage des Staates durchgeführt werden soll. Deshalb hoffe ich, daß das Gesetz nicht zustande kommt. Der Landtag hat hier eine hochbedeutsame Aufgabe, wie selten zuvor, die Aufgabe, den Versuch einer Auslegung der Verfassung im clerikalen Sinne zu verhindern. (Lebhafter Beifall links). Das Handelsgeschäft, das Abg. Windthorst eingeleitet hatte, soll hier durchgeführt werden. Es ist ja auch natürlich, daß eine Partei von der Stärke des Centrums Berücksichtigung seitens der Regierung findet; aber der klerikale Einfluß darf nicht der herrschende werden, die Regierung darf nicht in seinem Schlepptau gehen. Dieser Eindruck wird aber im Lande erweckt werden, wenn dies Gesetz angenommen wird. Der innere Frieden wird dann nicht gefördert, sondern gestört werden. Ich bitte die Konservativen (Ah!), sich der Schwere ihrer Verantwortung bewußt zu werden. (Lebhafter Beifall links, Zischen im Centrum.)

Kultusminister **Graf Zedlitz**: Die Etatsdebatte ist im wesentlichsten eine Schulgesetzdebatte geworden. Ich habe das Gesetz so schnell als möglich in die Hände des Hauses gebracht, und am nächsten Tage sofort das Wort zur Begründung ergriffen. Da war es doch nicht nöthig, daß die Redner aller Parteien die Etatsdebatte zu einer Generaldebatte über das Kultusministerium machten. Protestiren muß ich entschieden gegen die Andeutung des Vorredners, als ob die Regierung hier ein Handelsgeschäft mache. Im ganzen Hause ist keine Partei außer dem Centrum, mit deren Mitgliedern ich nicht vorher über das Schulgesetz Fühlung gesucht habe. (Heiterkeit.) Dagegen habe ich mit keinem Mitgliede des Centrums vorgängig darüber gesprochen oder korrespondirt. In der Schätzung solcher politischen Handelsgeschäfte befinde ich mich in voller Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler und dem Vorredner.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18920123026/fragment/page=0002

Die Beunruhigung über die Polenpolitik ist eine durchaus unbegründete. Die Ernennung des Herrn v. Stablewski ist eine Angelegenheit, die eigentlich nicht vor das Forum dieses Hauses gehört, und ich habe darüber hier eigentlich auch nicht zu sprechen. Bei solchen Transaktionen hat der einzelne Ressortminister nicht allein zu sprechen. Ich habe mich für die Ernennung des Herrn v. Stablewski ausgesprochen. Wenn ein Mann wie dieser erklärt, er wolle Preuße sein und mit Gut und Blut dem preußischen Vaterlande dienen, so weiß ich nicht, wie ich dazu kommen sollte, ihm meine Zustimmung zu versagen. Wer allerdings vor jeder Gewährung einer kleinen Freiheit an die Polen eine Gespensterfurcht hat, mit dem ist nicht zu verhandeln. Ich kenne doch Polen auch, und nicht bloß den Abg. Sattler aus Hannover (Heiterkeit), und ich habe gefunden, daß wir mit unseren politischen Mitbürgern sehr wohl zusammen leben können. Ich protestire dagegen, daß die Regierung ihre gesetzliche Politik gegen die Polen geändert habe. Das Schlimme ist, daß die Deutschen in den polnischen Provinzen nicht verstehen, auf eigenen Beinen vorwärts zu kommen, daß sie immer nach Berlin sehen und von dort eine Stütze hoffen. Wenn sie erst selbständiger zu sein lernen werden, so wird das Phantom der Polenfurcht verschwinden (Beifall). Jetzt sind entschiedene Ansätze zur Besserung vorhanden.

Bezüglich des Volksschulgesetzentwurfes scheint Ihnen die Verwaltungspraxis gar nicht bekannt zu sein (Oho! links), sonst würden Sie wissen, daß die meisten Bestimmungen, gegen die Sie sich gewendet haben, übernommen sind aus den früheren Entwürfen, ja sogar aus dem Falk'schen Entwurf. (Heiterkeit.) In diesem Entwurf wird für die Auswahl der Religionsbücher das Einvernehmen der kirchlichen Organe, ja in einem späteren Erlaß des Ministers Falk wird sogar ausdrücklich die Zustimmung derselben gefordert. Ob die Bestimmungen über den Privatunterricht schon in diesem Entwurf aufgenommen werden sollen, ist doch nur eine Zweckmäßigkeitsfrage; ich habe mich für das Jetzt erklärt aus Zweckmäßigkeitsgründen. — Die Simultanschulen haben sich in Preußen seit 1882 von 517 auf 503 vermindert. Das ist ein Beweis dafür, daß aus der Bevölkerung heraus denselben keine Förderung zutheil geworden ist. Daß der Schulgesetzentwurf nicht konservativ ist, ist kein Vorwurf für mich. Ich bin niemals Parteimann, sondern immer Einspänner gewesen (Heiterkeit); ich habe das Gesetz nicht nach der Schablone einer Partei gemacht, sondern wie ich es auf Grund der Gesetze, der Verwaltungspraxis und nach meinem Gewissen für richtig hielt. Aber ich halte darum nicht jede einzelne Bestimmung desselben für ein noli me tangere. Amendiren Sie es von rechts und von links, nur gehen Sie an den Entwurf nicht von vornherein mit der Ueberzeugung heran, daß er bis hinter die Fridericianische Zeit zurückgehe, daß er die Schule der Kirche ausliefere. Wenn Sie mich überzeugen, daß ich mich in der einen oder anderen Bestimmung geirrt habe, nun, ich bin nicht eigensinnig. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Rickert** (dfr.): Die Behauptung des Ministers, er hätte mit Mitgliedern der freisinnigen Partei über die Grundlagen des Gesetzes gesprochen und ihre Zustimmung erlangt, kann nur auf einem Mißverständniß beruhen. Mir ist nichts von solchen Verhandlungen bekannt. Jedenfalls aber sind wir alle in der Partei im Reichstag und im Landtag darüber einig, daß dieses Schulgesetz unannehmbar ist. So scharf wir aber seine Schulpolitik bekämpfen, so freudig unterstützen wir seine Polenpolitik. Früher wußte man nichts von einem unversöhnlichen Gegensatz zwischen Polen und Deutschen. Deshalb haben wir die Polengesetze des Fürsten Bismarck bis aufs Messer bekämpft, auf die Gefahr hin, für Vaterlandsfeinde erklärt zu werden. Eine versöhnende Politik im Gegensatz zu den Polengesetzen wird die Polen gewinnen. Wenn Herr v. Stablewski den Verfassungseid leistet, treu auf dem Boden unseres Staates zu stehen, so müssen wir ihm glauben. Darin hat allerdings der Kultusminister nicht recht, daß diese Angelegenheit nicht vor das Forum des Hauses gehört. Es handelt sich doch um einen Regierungsakt, der von dem Minister mitunterzeichnet ist und für den er dadurch die Verantwortung vor dem Hause übernommen hat.

Die Behauptung, wir hätten dem Centrum zu seiner Machtstellung verholfen, ist grundfalsch. Der feste Thurm des Centrums war schon früher nicht zu stürzen. Bei den Landtagswahlen haben wir das Centrum nirgend unterstützt, und bei den Reichstagswahlen nur, weil wir durch das Kartell dazu gezwungen waren; wir haben aber niemals mit dem Centrum ein Kartell abgeschlossen.

Von dem, was ich über das Schulgesetz gesagt habe, nehme ich nichts zurück. Es ist eine kühne Behauptung vom Kultusminister, daß die Verwaltungspraxis in dem ganzen Jahrhundert dieselbe geblieben sei. Herr v. Bethmann-Hollweg hätte nie einen solchen Erlaß fertig gebracht, wie er jetzt nach Zeitungsnachrichten bezüglich der Theilnahme der Kinder der Dissidenten am Religionsunterrichte erlassen sein soll. (Sehr wahr! links). Machen Sie doch eine Enquete bei den Lehrern, die werden Ihnen schon sagen, wie die Verhältnisse sich geändert haben. Ich brauche als Zeugen gegen den Kultusminister ja auch nur Herrn v. Huene anzuführen; der ausdrücklich betont hat, der vorjährige Entwurf entspreche nach klerikaler Auffassung nicht der Verfassung, wohl aber der jetzige. Erst der jetzige erfüllt das Verlangen der kirchlichen Parteien, das wir nicht erfüllt wissen wollen im Interesse der Entwickelung unserer Volksschule.

Der Kultusminister hat Waffen aus dem Arsenal der Bismarck'schen Zeit gegen uns hervorgeholt, wenn er uns vorwirft, wir wollen die Religion, das Christenthum aus der Schule entfernen. Auch Herrn v. Huene bitte ich, vorsichtiger zu sein in seinen Beschuldigungen. Er hat nicht die Generalpacht mit seiner kirchlichen Schule. Wissen Sie nicht, das Hödel im Katechismus vorzüglich beschlagen war? Die Schule hat die Sittengesetze den Kindern einzuimpfen, die in allen Religionen die gleichen sind. Schottland ist eines der religiösesten Länder der Welt, und dort ist der Religionsunterricht ganz aus der Schule verbannt, und in Belgien herrscht ja eine klerikale Majorität; wollen Sie die dortigen Zustände adoptiren?

Der Widerspruch in der früheren und jetzigen Stellungnahme des Reichskanzlers zur Volksschulgesetzgebung ist ungelöst geblieben. Er will sich bezüglich der Parteiverhältnisse die Politik der freien Hand vorbehalten. Fürst Bismarck mit seiner großen Macht, auch der Krone gegenüber, ist daran gescheitert; daran muß auch ein Ministerium Caprivi scheitern. Sich heute an diese, morgen an jene Partei anzulehnen, damit kann man keine durchgreifende Politik zum Wohle des Vaterlandes führen. Wir verlangen von der Regierung nur das Anerkenntniß, daß wir frei und unabhängig, nach unserer innersten Ueberzeugung und aus Vaterlandsliebe sie unterstützen, wo wir glauben, daß es zum Wohle des Vaterlandes ist, und sie bekämpfen in dem, was wir für verderblich halten.

Kultusminister Graf **Zedlitz** erwidert hinsichtlich der Bezugnahme des Vorredners auf Herrn v. Bethmann-Hollweg, daß er selber einen Erlaß bezüglich des Religionsunterrichts der Kinder der Dissidenten von Herrn v. Bethmann-Hollweg abgeschrieben habe.

Abg. **Szymann** (Pole) spricht seine Befriedigung aus über die Aenderung des Kurses der Regierung in ihrer Polenpolitik.

Abg. **Bödicker** (Ctr.) rügt sodann zum Justizetat, daß die Zahl der etatmäßigen Richterstellen nur um drei erhöht sei.

Justizminister Dr. **v. Schelling** führt das auf Sparsamkeitsrücksichten zurück.

Die erste Etatsberathung wird geschlossen.

Der Etat wird an die Budgetkommission verwiesen, welche nach dem Antrage Frhr. v. Zedlitz zur Berathung des Eisenbahnetats um 7 Mitglieder verstärkt wird.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (**Volksschulgesetz**).

Schluß 3 Uhr 45 Min.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

• **Hamburg**, 22. Jan. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco ruhig, neuer 218—228. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 218—247, russ. loco ruhig, neuer 192—198 nom. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

• **Stettin**, 22. Jan. Weizen unverändert, loco 212—219, per Jan. 220,00, per April-Mai 215,50. Roggen matt, loco 212—217, per Jan. 2?2,?, per April-Mai 218,00. Pomm. Hafer loco neuer 153—162.

• **Breslau**, 22. Jan. Roggen per Jan. 250,00, per Jan.-Febr. —,—, per April-Mai 226,00.

• **Wien**, 22. Jan. Weizen per Frühjahr 10,83 Gd., 10,83 Br., per Herbst 9,91 Gd., 9,94 Br. Roggen per Frühjahr 10,57 Gd., 10,60 Br., per Herbst 9,05 Gd., 9,08 Br. Hafer per Frühjahr 6,59 Gd., 6,62 Br., per Herbst —,— Gd., —,— Br.

• **Pest**, 22. Jan. Weizen loco fest, per Frühjahr 10,72 Gd., 10,74 Br., per Herbst 9,62 Gd., 9,64 Br. Hafer per Frühjahr 6,22 Gd., 6,24 Br.

• **Antwerpen**, 22. Jan. Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer schwach. Gerste unverändert.

• **Amsterdam**, 22. Jan. Weizen auf Termine niedriger, per März 248, per Mai 252. Roggen loco geschäftslos, do. auf Termine träge, per März 224, per Mai 228.

• **New-York**, 22. Jan (Telegr.) Rother Winterweizen loco 10?⅞. Rother Weizen per Jan. 102¼, per Febr. 102⅜, per März 103⅝, per Mai 102⅞.

• **New-York**, 22. Jan. (Telegr.) [Anfangsbericht.] Weizen per Mai 10?⅞.

Oele. Oelsaaten. Fettwaaren.

• **Berlin**, 22. Jan. (Amtl.) Rüböl per 100 kg mit Fass. Termine flauer. Gek. —,— Ctr. Kündigungspr. —,— M. Loco mit Fass — loco ohne Fass —,—, Durchschnittspr. — M., per diesen Monat —,— M., per Jan.-Febr. —, per Febr. März —,— per April-Mai 56,8—5?,4 bez., per Mai-Juni —,—, per Sept.-Okt. 55,6—55,8 bez.

• **Hamburg**, 22. Jan. Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 61.

• **Stettin**, 22. Jan. Rüböl matt, loco per Jan. 56,?0, April-Mai 56,70.

• **Köln**, 22. Jan. Rüböl loco 64,?0, per Mai 59,90, per Okt. 58,90.

• **Breslau**, 22. Jan. Rüböl pr. Jan. 6?,0?, per April-Mai —,— M.

• **Bremen**, 22. Jan. Schmalz still. Wilcox — Pf., Armour 34½. Fairbanks 32 Pfg. Speck short clear middl. still. 32¾ Br.

• **Amsterdam**, 22. Jan. Raps per Frühjahr —,—, Rüböl loco 30¼, per Mai 29¼, per Herbst 28½.

• **Paris**, 22. Jan. Rüböl träge, p. Jan. 58,00, per Febr. 58,25, p. März-April 59,00, per März-Juni 59,25.

• **Pest**, 22. Jan. Kohlraps per Aug.-Sept. 13,60 Gd., 13,70 Br.

• **Petersburg**, 22. Jan. Talg loco 54,00, per Aug. —,—.

• **New-York**, 21. Jan. (Telegr.) Schmalz loco 6,6?, do. (Rohe & Brothers) 6,90, Speck short clear Chicago 5,95, Pork Chicago per Jan. 11,30.

Chemische Produkte.

• **London**, 21. Jan. Chilisalpeter 9 sh. 6 d. für gewöhnliche, 9 sh. 7½ d. für chemische Sorten.

Leipziger Börse, 22. Januar

Zf.		M.	
3	Sächs. Rent.-Anl.	5000 3000	85,50G
3	do.	1000	85,50G
3	do.	500	88,25G
		Thlr.	
3%	Staatsanl. 1855	100	92,50G
4%	do. 1847	500	— —
3½	do. 67 kv. 4%	500	99,10bz
3½	Landrentenbr.	500	95,00G

Zf.		M.	
4	Mansf. Gew. 1882	500	101,25G
4½	do. 1879		101,00G
4	do. Em. 1875		101,25G
4	Lpz. Stadtobl. 1884		103,00G
4½	do. 1876		103,00B
3½	Altb. Landoblig.	1000	98,50B
3½	do. do.	5000	98,25G

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.	
9 1/30	Altenburg-Zeitz	176,00G
20	Aussig-Teplitz	410,00G
7½	Böhm. Westb. [5%.	148,50G
10	Buschtehrad.Lit.A.	201,00G
10¼	do. do. B.	211,10G
4	Galiz. K.-Ludw.-B.	90,60G
7	Graz-Köflach.	118,75B
0	Saalbahn	33,75B
0	Weimar-Gera	20,30G
3	Werrabahn	77,00B
Div.	**Eisenb.-St.-P.-Akt.**	
8 1/30	Altenburg-Zeitz	159,00G
12½	Dux-Bodenb. Lit. A	233,50G
12½	do. do. B.	233,50G
Div.	**Bank- u. Kredit-Akt.**	
12	Allg. D.Kr.-A.Lpz.	162,75bzG
10	Dresdener Bank	142,25B
0	Geraer Bank	— —
6	do. Hdls.- u. Krdtb.	— —
6⅔	Gothaer Privatb.	115,00G
6	Leipziger Bank	124,75G
6	Sächs. Bank	114,75G
11	Weimar. B. abgst.	—,—
7	Zwickauer	98,00G
Div.	**Ind.-Aktien, Pr. und Stamm-Prior.**	
8	Chemn. Werkz.-M.-Fabr. (Zimmerm.)	110,00G
7	Cröllw. Papierfabr.	—,—
—	4% do. Schldvschr.	96,00B
6	Dörstewitz-Rattm.	82,50G
4	D.W.M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	68,50G
10	GeraerJutesp.u.W.	99,00B
12	Germania (Schw. & Sohn)	117,40B
6	Hallesche Str.-B.	— —
3	KetteElbs.-G.-Akt.	63,00G
8	Körbisd. Zuckerfb.	123,00bzG

Div.		
7⅙	Leipz. Baubank	107,00G
10	do. Bierb. Reudn., v. Riebeck & Co.	175,00G
4	Lpz. Kammgarnsp.	145,00G
9	do. Malzf. Schkeud.	125,00B
fo.	Mansfelder Kuxe	
75 M.	p. St. M.	655,00G
1	Sächs. Kammg.-Sp. (Solbrig)	34,50G
8	Sächs. Masch.-Fab. (Hartmann)	132,00G
11⅔	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	148,50G
9	Thür. Gasges. Lpz.	140,50G
9	do. Stamm-Pr.	150,00B
9	S.-Thür. Br.-V. St.	154,00G
9	do. St.-Prior.	154,00G
6	Zeitzer Par. u.S.-A.	97,50G
—	do. do. Oblig.	103,75G
5	Westeregeln, Part.-Oblig.	98,75G
12½	Zuckerfab. Glauzig	129,50bzB
7	Zuckerraff. Halle	121,00B
%	**Ausl. Eisenb.-P.-Obl.**	
4	Aussig-Teplitzer	102,00G
5	Böhm. Nordbahn	93,00G
4	do. do. Gold	100,40bz
5	Buschtehr. [B Ndw.	91,90B
5	do. Em. 1871	91,90B
5	do. do. 1872	91,90B
4½	do. Gold	102,50B
5	Dux-Bodenbach	90,90G
5	do. Em. 1871	90,90G
5	do. do. 1874	109,50G
4½	Graz-Köflacher	87,50G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	89,50G
4	Kaschau-Oderberg	79,80B
4	Prag-Dux Gold	99,90B
5	do. Gold	107,30G
5	Prag-Turnau	93,00G

Berliner Börse.

22. Januar.

(Ergänzungs-Kursliste zu den telephonisch übe mittelten Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Deutsche Fonds u. Staatspap.		
Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	105,10G
Bäirische Anleihe	4	106,50G
Kurhess. P.-Sch. à 40T.	—	352,50G
Bad. Präm.-Anl. 1867	4	138,90bz
Baierische Präm-Anl.	4	143,50bzG
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	104,90bzG
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	132,90bz
Dessauer St.-Pr.-Anl.	3½	138,00G
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	135,80G
Lübecker	3½	128,00B
Meininger 7 fl-Loose	—	27,60bzG
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	128,00bz
Ausländische Fonds.		
Finnländische Loose	—	58,30G
Freiburger 15 Frcs.-L.	—	29,60bz
Italien. Natb.-Pfd. stfr.	4	94,20bz
Kopenhag. Stadt-Anl.	3½	91,75G
Mailänder 10 Lire-Loose	—	18,40bz
Oesterr. Papier-Rente	4⅕	81,00bz
do. Cred. 100, 58.	—	326,50G
do. 1860er Loose	5	124,60bz
do. 1864er Loose	—	316,50bz
Russ. Poln. Schatz-Obl.	4	90,40G
do. Präm.-Anl. 1864	5	146,25G
do. do. 1866	5	— —
Spanische Ext.	4	— —
Türkische Anleihe	1	— —
do. Administr.	5	85,10G
do. Zoll-Oblig.	5	— —
do. 400 Frcs.-Loose	—	68,40bz
Ungarische Gold I.-A.	5	102,75G
do. Grundentl.-Obl	4	80,50bzG
Türk. Tab.-R.-A. abg.	7	— —
DeutscheHypoth.-Pfandbriefe.		
Anhalt-DessauerPfdbr.	4	101,40G
Deuts.Gr.-Kr.-Präm. I.	3½	112,25G
do. II. Abth.	3½	107,20bz
D.Gr.-K.-B. III, IIIa u. III b.	3½	96,40B
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	96,40G
do. V. rz. 100	3½	91,75G
Deuts. Grundsch.-Obl.	4	100,80bzG
do. do. do.	3½	93,40bzG
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr.	4	101,40bz
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	101,00bz
Meininger. Hyp.-Pfdb.	4	100,80bzG
do. Präm.-Pfdbr.	4	129,50B
Nordd.-Gr.-Cred. Pfdb.	4	100,90bzG
Pfälz.Hyp.-Bk.-Pfdbr.	3½	94,70G
Pomm. Hyp.-B.III.IV. neue rz. 100	4	101,00bzG
P.B.-C.-Pfd.I.II. rz.110	5	113,00G
do. III., V. u. VI. rz.100	5	107,00G
do. VII.VIII.IX.rz.100	4	100,70bz
do. XIII. rz.100	4	101,75bz
do. XI. rz.100	3½	93,50bzG
Pr.Centrb.-Pfdb. rz.100	4	101,75G
do. do. 1890	4	102,75G
do. do.	3½	93,20bzG
Pr. Centr.-Komm.-Obl.	3½	93,20bzG
Pr. Hp.-A.-B.VI.rz.110	5	110,90G
do. div. Ser. rz. 100	4	101,30bzG
do. do. rz. 100	3½	93,40bzG
Pr.Hp.-V.-A.-G.Certif.	4½	100,00G
Rhein.Hyp.-Pfdb. 1890	4	100,20G
do. do.	3½	93,10B
Schles.B.-C.-B. rb.à110	5	— —
do. do. do.	4½	110,25bzG
Südd. Bodenkredit	4	101,10bzG
Eisenbahn-Stamm-Aktien.		
Baltische (gar.)	3	— —
Buschtiehrader B.	10¼	— —
Halberst.-Blankenb.	4¾	— —
Ital. Meridional-Eb.	7⅕	— —
Jura-Simpl. kv. Westb.	—	— —
Krefelder	4⅘	99,50bzG
Krefeld-Uerdinger	0	— —
Eutin-Lübeck	1¾	47,25G
Frankfurt Güterb.	5½	78,10G
Deutsche Eisenb.-Stamm-Prioritäten.		
Breslau-Warschau	5	46,50bz
Dortmund-Gronau.-E.	4½	114,00bzG
Marienb.-Mlawkaw	5	107,20bz
Ostpreuss. Südbahn	5	109,30bz
Saalbahn	4¾	102,90bz
Weimar-Gera	3⅔	88,60G
Werrabahn	4	— —
Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.		
Albrechtsbahn (gar.)	1	38,50G
Oesterr. Frz. Lokalb.	4¼	76,40B
Oesterr. Südb. (Gold)	4⅕	45,40bz
Raab-Oedenb.-Ebenfurt (Gold)	½	25,25bzG
Reichenb. Pardubitz	3 81	78,25G
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	86,30G
Ital. Eisenbahn (gar.)	7⅕	— —
do. Mittelmeerb. stfr.	5⅘	94,90bz
Südital. (Méridionaux)	3	59,90G
St. Paul Mineap. & Manitoba	4½	96,50B
Anatolische (gar.)	5	84,00bz
Wilhelm-Luxemburg	3	84,40G
West-Sizilianische	3½	58,60G
Eisenb.-Prior.-Aktien u. Obligationen.		
Berg.-Märk.III.A.B.	3½	98,00bzG
do. III.C.	3½	98,00bzG
Braunschweigische	4½	105,80G
Lübeck-Büchengarant.	4	— —
Magdeburg-Wittenb.	3	88,00G
Mainz-Ludw. 68-69 gar.	4	— —
do. 75, 76 u. 78	4	— —
do. 1874	4	— —
Mecklenb.Friedr.Frzb.	3½	— —
Oberschles. Lit. E.	3½	97,80bzG
Ostpreuss. Südbahn	4½	102,00G
Saalbahn	3½	94,75bz
Weimar-Geraer	4	— —
Albrechtsbahn	5	— —
Böhm. Nordb. G.-Obl.	4	— —
BuschtehraderG.-Obl.	4½	102,60G
Dux-Bodenbacher II.	5	— —
do. III.	5	— —
do. Silb.-Pr.	4	82,10G
do. Gold-Pr.	5	102,00bzG
Dux-PragerGold-Obl.	5	106,90B
Galiz. Karl-Ludw. 1881	4½	86,10bz
Ital Eis.-Obl. v. St. gar.	3	56,50B
Kasch.-Oderb. Gold-89	4	— —
do. Silb.-Pr. 89	4	79,30bzG
Kronprinz-Rudolfsb.	4	82,10G
do. (Salzkammergut)	4	100,00G
Lemberg-Czernowitzer	4	79,25bzB
Oest.-Frz. Staatsb., alte	3	84,10G
do. 1874	3	— —
do. 1885	3	78,40bzG
do. Ergänzungsn.	3	81,40bzG
do. Gold-Pr.	4	100,30G
Oesterr. Lokalbahn	4½	— —
do. Nordwestbahn	5	92,75bz
Pilsen-Priesen	4	— —
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	63,40B
do. Obligationen	5	103,70G
Ungar. Nordostbahn	5	88,10bzG
do. do. Gold-O.	5	103,75G
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	86,70bzB
Gr. Russ. Eisenb.-Ges.	3	75,50bzG
Ivangorod-Dombrowo	4½	97,00G
Koslow-Woron. 1889	4	86,90bz
Kursk-Chark. Asow 89	4	— —
Kursk-Kiew	4	85,90bzG
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjäsan	4	87,80G
Mosco-Smolensk	5	99,60G
Rjäsan-Koslow	4	85,90bz
Rjaschk-Morczansk	5	99,40bz
Rybinsk-Bologoye	5	86,60G
Russ. Südwestbahn	4	89,40bz
Transkaukasische	3	75,40G
Warschau-Wiener 10er	4	97,60bz
do 5er	4	97,75B
do. 1er	4	97,90B
Wladikawkas Oblig.	4	88,50bz
Zarskoe-Selo	5	88,50bzG
Northern-Pac. I. bis 1921	6	114,25bz
do. II. „ 1933	6	111,30bz
do. III. rz. 1937	6	105,50G
Oreg. Railw. u. N. „ 1925	5	94,70B
St. Louis u. S. Fr. „ 1931	6	105,80G
do. do. „ 1931	5	93,30bz
Oéste de minas	5	— —
Portug. Eisenb.-O. 1886	—	37,00bz
do. 1889	4½	33,00bz
Schweiz. Centralb. 1880	4	— —
do. 1883	4	— —
do. 1886	4	— —
do. Nordostbahn	4	— —
Serb. Eis.-Hyp.-Obl. A.	5	86,20bzG
do. Lit. B.	5	84,75bz
Bank-Aktien.		
Anglo-Deutsche Bank	6	— —
Bank d. Berl. Kassenv.	7¼	134,10G
Bank f. Sprit u. Prod.	3	61,10bzG
Barmer Bankverein	6	104,80G
Berliner Handels-Ges.	9½	138,60bz
Braunschw. Bank	5⅚	104,50G
Cöln. W. u. Komm.	5½	93,50G
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	5	91,10G
Danziger Privatbank	8¼	— —
Deutsche Grundschuld	6½	114,25G
DeutscheNationalbank	5½	— —
Essener Kredit	7	— —
Geraer Bank	0	58,00G
Hamburg. Hypoth.-B.	8	— —
Hamb. Com. u. Disc.-B.	5	— —
do. Vereinsb. (50% E.)	11	— —
Königsberg. Vereinsb.	4	94,40G
Leipziger Bank	6½	124,00bzB
Lübecker Kommerzb.	7	114,60G
Mecklenb. Hypotheken	8	126,00bzG
Nordd. Grund-Kredit.	0	80,75bzG
Oesterr. Länderbank	6	95,50bzG
Oldenb. Spar- u. Leihb.	11	— —
Preuss. Immob. M. p. St.	15	276,00G
do. Leihhaus konv.	8	95,00G
Rhein.-Westf. Bank	6	— —
Weimar. Bank konv.	11	114,00G
Westfälische Bank	6½	— —
Wiener Bankverein	8	— —
Wiener Unionbank	8½	— —
Industrie-Aktien.		
A.-G. f. Anilinfabr.	10	130,00bzG
Archimedes	10	99,50B
Bau-Gesellsch. Bau-Ausführung.	6½	87,10bzG
Bau-Gesellsch. Berl. Charlottenb.	1	148,90bz
Bau-Gesellsch. do. Neustadt	0	74,30bzG
Bau-Gesellsch. Passage konv.	3	70,00bzG
Bazar	10	192,00G
Berliner Lagerhof	0	80,50bzG
do. do. St.-Pr.	0	106,25bzB
Braunschweiger Jute	6	116,00bzG
Berl.-Wilmersd. T.-G.	6	136,50bzG
Buderus Obl. rzb. à 102	5	102,50G
Butzke, Metallindustr.	10	77,50G
Charlottb. Wasserwerk	8½	218,50bzB
Chem. Fabr. Schering	19	208,00bzG
Danziger Oelmühle	5	124,10bzG
do. do. St.-Pr.	4	115,75bzG
Deutsche Contin.-Gas	10	156,10bz
Düsseldorfer Waggon	13	147,00G
Elberfeld. Farbenfabr.	17	175,25bzG
Erdmannsdorf. Spinn.	6½	92,75bz
Friedrichshöhe A.-A.	—	—,—
Frister & Rossmann kv.	9	85,10bzG
Gummi-Fab. Fonrobert	3	72,50G
do. Voigt & Winde	7	118,50G
do. Volpi & Schlüter	5½	95,75G
Harburg-Wien Gummi	29	242,00bzG
Jeserich Asphalt	5	— —
Kaiserhof konv.	8	108,75bzB
Keyling & Th. Eiseng.	7	111,75G
Kurfürstendamm-Ges.	—	1735,00b
La Veloce, Ital. D.	—	74,00bzG
Ludw. Löwe & Co.	18	228,50bzG
Mälzerei Wrede	6	90,25G
Magdeburger Baubank	8	96,10G
Neuss, Wagenbau	3	84,50G
Nordd. Eiswerke	3½	65,00bzG
Omnibus-Gesellschaft	12⅓	208,00B
OppelnerPortl.-Cemnt.	6½	101,40bz
Pferdebahn-Ges.:		
Braunschweiger	5	— —
Breslauer	6½	130,40B
Stettiner	2½	68,90B
Sächs. Stickmasch.	—	94,50G
Siemens, Glas-Industr.	12	139,00B
Strals. Spielkart. St.-P.	6⅔	94,00B
Vr. Deutsch. Petr. St.-P.	0	20,25bzG
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	13	151,50bzG
Wilhelmshütte	3½	61,00G
Zuckerfabr. Fraustadt	0	69,75bzG
Bergwerks- u. Hütten-Ges.		
Anhalter Kohlenwerke	6	100,00B
Baroper Walzwerk	0	65,00B
Berzelius	12	122,30bzG
Braunschw. Kohlenw.	5	—
do. St.-Pr.	6	78,00bzG
Consolidat. Bergw.-G.	21	163,25G
Consol. Marie	2⅙	48,00G
Consol. Redenh. St.-Pr.	—	38,00bzG
Duxer Kohlen kon.	10	118,50bzG
Gelsenkirch. Gussstahl	—	94,25G
Georg-Marien-St.-A.	—	77,25bzG
do. St.-Pr.	—	96,00G
Hagener Gussstahl	8	116,50G
Harzer Eisenw. konv.	0	9,00B
do. do. St.-Pr.	3½	35,75bzG
Hugo Bergwerk	10	88,50bz
Kattowitzer	10	125,50bzG
Königin-Marienhütte	7	73,00bzG
König Wilhelm conv.	25	135,75bzG
do. St.-Pr.	30	178,00bzG
Rhein. Antr.-Kohlen	10	85,00bzG
Rheinische Stahl Lit. C.	11	138,90bz
Oblig. v. Industr.- u Bergw.-Ges.		
Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	97,30G
Aschersleb. Kaliwerke	5	102,75bzB
Bochumer Gussstahl	4	102,00G
Dessauer Gas	4½	— —
Dortmunder Union	5	111,25bzG
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II.	4	101,00B
Hamb. Packetfahrt	4	—,—
Henckel Obligationen	4	101,60bzG
Hibernia	4½	102,50G
Laurahütte	4½	102,40bz
Luise Tiefbau	4½	101,10G
Naphta-Obligationen	6	— —
Norddeutscher Lloyd	4	99,30bz
Oberschl. Eisenbahnb.	4	— —
do. Eisen-Ind.	4½	101,60bzG
Passage Akt.-Bauver.	4	99,50bz
Solvay-Obligationen	5	103,50bz
Thale Eisenwerk	4	99,10G
v. Thiele-Winkler	4	100,00B
Westf. Gruben-Verein	5	102,50G
Zoologischer Garten	5	107,25G

Prämien-Kursbericht.

	Vorprämien Jan.	Vorprämien Febr.	Stellagen Jan.	Stellagen Febr.
Oesterr. Kr.-Akt	168¼/2¼a8 2⅛	168⅝.2⅞a69¼/3	9a8½b.G.	11¾G.
Berl. Handelsges.	141/2¾a140¾ 2½	142/3¼	10	—
Darmstädt. Bank	130/2¾	— —	—	—
Dtsch. Bank-Akt.	— —	— —	—	—
Disc.-Kommandit	185½3. a85⅝/2⅞	186¼a6½.3¾	11¾a11	14½
Dresdener Bank	— —	145 3½	—	—
Nationalb. f. Dtsch	122/2¼	122¾/3	—	—
Dux-Bodenbach	— —	— —	—	—
Franzosen	— —	— —	—	—
Gotthard	145¼/2¼	146½ 3½	—	—
Lombarden	— —	— —	—	—
Mainz-Ludwigsh.	— —	— —	—	—
Marienb.-Mlawka	— —	73¼ 2¾	—	—
Ostpr. Südbahn	— —	— —	—	—
Schweiz. Nordost	114¾ 2¼	116/3½	—	—
do. Union	— —	— —	—	—
Warschau-Wien	218/4	— —	—	—
Bochum. Gusstahl	118¾a17¾/1¼	— —	9	13
Dortmund. Union	62,2	— —	7½	—
Gelsenkirchen	— —	— —	—	—
Harpener	151½a50¾/3	152¾a2/4¼	12	—
Hibernia	135¼/3	136¾/4¼	—	—
Laurahütte	114½/2¼a14½/2	115¾ 3	8½	—
Nordd. Lloyd	— —	— —	—	—
Dynamit Trust	— —	— —	—	—
Egypter 4%	— —	— —	—	—
Italiener	91⅜/¾	91⅜ ⅞	—	—
Orient-Anl. III	— —	— —	—	5
Russische Noten	200/2½	200½/3½	9½	—
Ungar. Goldrente	93⅝/⅝	93¾ ¾	—	—
Conv. Türken	— —	— —	—	—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18920123026/fragment/page=0003
DFG

Sparsame Hausfrauen: Prüfet!

Welcher Cacao ist der Beste und Billigste?

Das Holländische Cacao-Haus, General-Depot für Deutschland Berlin SW.,

Fabrikationsort Amsterdam, Holland, liefert nachweislich den besten und billigsten Holländischen Cacao.

Beweis: Von den in unserem Besitz befindlichen Attesten **erster Autoritäten** heben wir besonders hervor: Herr **Dr. C. Bischoff,** vereideter Chemiker d. Königl. Gerichte und der Polizeipräsidien in Berlin, schreibt uns wörtlich: An das **Holländische Cacao-Haus (General-Depot für Deutschland) Berlin SW., Friedrichstrasse 243.** Die mir mit sehr geehrtem Auftrage zur Untersuchung übergebenen beiden Original-Muster von Cacao ergaben bei der vergleichenden Untersuchung folgende Befunde: (folgt Analyse). Aus der vergleichenden Analyse ergiebt sich: 1) dass der **vorliegende Cacao des Holländischen Cacao-Hauses in allen wesentlichen Punkten dem Cacao von C. J. van Houten & Zoon gleicht.** 2) **Bemerkenswerth ist sogar, dass das Cacaopulver des Holländischen Cacao-Hauses ärmer ist an Mineralstoffen, was für eine vortheilhafte Herabminderung des Alkalienzusatzes bei der sogenannten Aufschliessung spricht.** Was die sonstigen Eigenschaften des mir vorliegenden neuen Fabrikates anlangt, **so ist das Cacaopulver des Holländischen Cacao-Hauses als ein vortreffliches Präparat zu bezeichnen,** zu welchem **ausgesucht gute Sorten von Cacaobohnen, die sehr sorgfältig von den Schalen befreit** und bis zu sachgemässer Grenze entfettet wurden, Verwendung gefunden haben.

Dr. C. Bischoff.

In Halle nur ächt zu beziehen in Dosen u. Packeten v. 1/1, 1/2, 1/4 Pfd. durch nachstehende Firmen, kenntlich durch unsere Placate:

H. Baarmann, Merseburgerstrasse 13a.
Joh. Fr. Coester, Leipzigerstr.
H. Dietrich, Barfüsserstrasse 6.
E. Haber, Sophienstrasse 12.
Julius Herbst, Rannischestrasse 15.
Julius Kegel, Steinweg 54.
G. Osswald, Geiststrasse 36.
A. Steinbach, Königstrasse 16.
H. F. Streubel, Giebichenstein.
F. A. H. Walter, Herrenstrasse 3.
A. C. Werner, Bernburgerstrasse 23.
F. Zinke, Wuchererstrasse 43.

Weitere Verkaufsstellen werden durch das Generaldepôt, Berlin, Friedrichstr. 243, wie durch den hiesigen Generalagenten der Gesellschaft, Herrn **Jul. Seidel, Halle, Schillerstrasse 34,** vergeben. An allen anderen auswärtigen Plätzen sind dieserhalb unsere Generalagenten, Depositeure und hiesigen Agenten zu veranlassen.

Anerkannt bewährte Heilmittel gegen die **Influenza** sowie **Catarrhe** aller Art sind die **Emser Victoriaquelle** und **Emser Pastillen** in plombirten Schachteln.

Nicolaistraße 2.

Brautausstattungen in Porzellan, Steingut, Majolika, Crystall- und ord. Glas. **A. Knabe, Halle a/S.** Tafel-, Kaffee-, Waschgeschirre, Bowlen, Bier- und Weingläser. **Hoteleinrichtungen.**

gegründet 1825. gegründet 1825.

Nicolaistraße 2.

Friedr. Schäfer,
Dachrinngasse 2/3
Wagenlaternen
sowie reichhaltige Auswahl
Schlittengeläute
auch für Ziegenbockgeschirre.

Weizen-Hülsen sind in der Stärkefabr. Leipzigerstraße 32 zu haben.

Für amerikanische Oefen
empfehle
beste englische und westfälische
Anthrazitnusskohlen.
Hugo Messing.
Fernsprecher 464.

Wilh. Heckert, Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 60,
empfiehlt
Heizöfen- u. Regulir-Füllöfen
runde und flache Formen, einfach schwarz als auch vernickelt, gemalt, emaillirt 2c.
Loenholdt's Füll-, Regulir- u. Luftheizungs-Oefen
mit continuirlicher Füllschacht-Feuerung, Ventilation, Wasserverdunstungs-Vorrichtung und Sockel-Zuführung in 60 Nummern für Räume von 50—1200 Cbmtr.
Demmer's Universal-Mäntelöfen
für Salons, Schulen, Säle, Kirchen 2c.
Sparkochheerde für Haushaltungen, Herrschaftsküchen, Restaurants, Hôtels, Cafés 2c.
Größte Auswahl. Beste Ausführung. Billigste Berechnung.

Der Verband zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse 2c. zu Halle a/S., Karlstr. 8,
vermittelt für seine Mitglieder ländliche Arbeiter jeder Art
gegen Erstattung der Selbstkosten,
insbesondere stehen ihm gegenwärtig **ledige Knechte, Arbeiterfamilien** und **Feldarbeiter** in großer Zahl zur Verfügung. Mitglieder des Verbandes, welche Leute brauchen, wollen **möglichst umgehend** Aufträge einsenden.

Wissenschaftliche Lehranstalt für „Angehende Kadetten zur See"
(unter staatlicher Aufsicht stehend).
Vorbereitung auf die **oberen Klassen höherer Lehranstalten und das Kadetteneintrittsexamen** in verhältnißmäßig kurzer Zeit. Eintritt mit jedem Alter und jeder Klassenvorbildung.
Augenblickliche Schülerzahl: 45.
Circa 500 Marinekadetten sind bisher aus der Anstalt hervorgegangen.
Kiel. **Dr. Schrader,** Direktor.

PATENTE ALLER LÄNDER WERDEN PROMPT und KORREKT NACHGESUCHT. **C. KESSELER** PATENT-BUREAU BERLIN NW. 7. Dorotheenstrasse 32. VERTRETUNG in PATENT-PROZESSEN. PROBE-PREI.

Cibils sind die besten, nahrhaftesten und daher im Gebrauch die billigsten.
Fleisch-Extracte
General-Dépôt der Cibils Fleisch-Extracte
Max Koch,
Hoflieferant,
Conservenfabrik, Braunschweig.

J. Barck & Co., Halle a. S.,
Gr. Ulrichstrasse 4, I.
empfehlen allen Kaiserl., Königl. u. Städt. Behörden, Banken, Actien-Gesellschaften, sowie jedem Privat- und Geschäftsmanne ihre vorzüglich eingerichtete und mit den besten Verbindungen zu allen Zeitungen versehene
Annoncen-Expedition
zur promptesten und billigsten Besorgung von Inseraten aller Art amtlichen, wie geschäftlichen und privaten Inhaltes. Kostenvoranschläge bereitwilligst, Zeitungs-Verzeichnisse gratis und franco. Bei grösseren Aufträgen höchste Rabatte nach Uebereinkunft. Annahme von Offertbriefen kostenlos und unter strengster Verschwiegenheit.

Steinkohlen aller Art (auch **Anthracit), Steinkohlen-Brikets, Stuben-Coak, Grude-Coak und böhm. Braunkohlen (Salonkohlen)** zur vorzüglichsten Stuben- und Küchenfeuerung empfehlen in bester Qualität und zu billigsten Preisen in ganzen Lowries, Fuhren oder kleineren Quantitäten
Klinkhardt & Schreiber, Neue Promenade 12.
Bestellungen zur Anlieferung ins Haus werden prompt ausgeführt. Fernspr. 203.

Schönheit des Antlitzes
wird am sichersten erreicht und gepflegt durch
Leichner's Fettpuder
und
Leichner's Hermelin-Puder.
Diese berühmten Gesichtspuder werden in den höchsten Damenkreisen und von den ersten Künstlerinnen mit Vorliebe angewendet; sie schützen die Haut gegen rauhe oder staubige Luft und geben ihr ein jugendschönes, blühendes Aussehen. Nur in geschlossenen Dosen in der Fabrik **Berlin, Schützenstrasse 31** und in allen Parfumerien.
Man hüte sich vor Nachahmungen.
L. Leichner, Parf.-Chemiker, Lieferant der königl. Hoftheater.

Winter-Ueberzieher, Kutschermäntel, Kommiß-, Kaiser- und Eisenbahnmäntel
billigst zu haben bei
C. Buchholz,
Markt 26, im Rothen Thurm, 1 Tr.

Zieh-Harmonikas
in vielen verschiedenen Sorten, von 3 ℳ an, mit 10 Klappen 3 ℳ 50 ₰ und 4 ℳ 50 ₰, mit Zitherstimmen 7 ℳ **Doppeltonige** mit 17 bis 21 Klappen 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24 ℳ **Alte Harmonikas** nehme in Zahlung an.
C. Buchholz,
Markt 26, im Rothen Thurm, 1 Tr.

Nach beendeter Inventur gebe ich, um mit meinem großen Lager zu räumen,
Winter-Paletots, Hohenzollernmäntel, Schlafröcke, Schuwaloffs, Joppen u. Knabenpaletots
zu ganz bedeutend
herabgesetzten Preisen.
Albert Rosenthal
42 Große Ulrichstraße 42.

Holzschuhe von 2 Mk. an, **Holzpantoffeln** von den feinsten bis zu den geringsten, **nur eigenes,** anerkannt aus den besten Materialien gefertigtes Fabrikat zu den billigsten Preisen halte großes Lager.
Chr. Musche, Holzpantoffelfabrik mit Dampfbetrieb, **Gottesackergasse 12.**
Neubesohlen der Holzschuhe wird billigst ausgeführt.

Die Kistenfabrik
von **Oscar Leibe** in Oelze im Thüringerwald,
höchst leistungsfähig,
empfiehlt **alle** Sorten **Kisten** in Wagenladungen u. Stückgut-Sendungen zu **billigsten** Preisen. Preislisten portofrei zu Diensten.

Das weltbekannte
Bettfedernfabrik-Lager von **Gustav Lustig, Berlin,** Prinzenstr. 43, verl. gegen Nachn. (nicht unter 10 Mk.) garantirt neue, vorzügl. füllende **Bettfedern,** Pfund 55 Pfg. **Halbdaunen,** das Pfd. Mk. 1,25, h. weiße Halbdaunen, das Pfund Mk. 1,75, **vorzügl. Daunen,** das Pfund Mk. 2,75. **Von diesen Daunen genügen 3 Pfund zum größten Oberbett.** Verpackung wird nicht berechnet.

Photographie.
Aristopapier, Gesilbertes Albumin-Papier, Moment- und Portrait-Platten, alle Chemikalien
empfiehlt billigst **M. Waltsgott.**

Angebote von **Zucker- und Futterrübensamen** letzter Ernte unter Musterbeifügung erbeten von
G. J. Kuntze, Aschersleben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18920123026/fragment/page=0004